

## Streitfrage: Braucht Berlin ein »Einheits- und Freiheitsdenkmal«?

## Geplantes Monstrum



**Dr. Luc Jochimsen**, wurde 1936 in Nürnberg geboren. Von 1975 bis 1985 war sie NDR-Redakteurin des ARD-Magazins »Panorama«. Danach arbeitete sie in London als ARD-Korrespondentin und wurde später Leiterin des Londoner ARD-Fernsehstudios. Von 1994 bis 2001 war Luc Jochimsen Chefredakteurin Fernsehen des Hessischen Rundfunks. Heute ist sie Kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag.

ND-Foto: Burkhard Lange

Von Luc Jochimsen

»Noch ist kein Denkmal vom Himmel gefallen« sagte Staatsminister Bernd Neumann (CDU) am 6. Mai vor dem Bundestagsausschuss für Kultur und Medien, als er die Jury-Entscheidung, das vorgesehene Wettbewerbsverfahren abzubrechen, bekanntgeben musste. »Noch ist kein Denkmal vom Himmel gefallen«, sagte auch Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) und Jury-Mitglied in der gleichen Sitzung gewissermaßen als Trost-Echo und Hinweis auf die schwierige Aufgabe, die nun erst recht auf alle politisch Verantwortlichen zukäme. »Noch ist kein Denkmal vom Himmel gefallen« – als ob es darum ginge!

In Wirklichkeit geht es um eine von den Koalitionsparteien und der FDP im Hau-ruck-Verfahren durchgezogene Gedenk-Offensive für dieses geschichtsträchtige Jahr 2009, die ohne seriöse fachliche und öffentliche Diskussion im Herbst zu einer pompösen Einweihung in Berlin führen sollte. Wie ein Mantra wird von den Verantwortlichen immer betont, dass das Parlament mit großer Mehrheit beschlossen hat: »Zur Erinnerung an die Friedliche Revolution im Herbst 1989 und an die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands ein Freiheits- und Einheitsdenkmal zu errichten, das zugleich die freiheitlichen Bewegungen der vergange-

nen Jahrhunderte in Erinnerung ruft und würdigt.«

Das stimmt. Doch wie kam dieser Beschluss zustande? Am 9. November 2007 sagte ich im Plenum: »Schnell, schnell, schnell, bloß keine Diskussion, kein Nachdenken, so müsste man den Antrag der Koalitionsfraktionen und der FDP auf Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals überschreiben. Noch nicht einmal der federführende Kulturausschuss hatte vorgestern Zeit für eine Aussprache. Der Antrag wurde per Mehrheit aufgesetzt, angenommen und in einer Weise durchgezogen, die aus meiner Sicht allen parlamentarischen Sitten hohnspricht, und das ausgerechnet bei einem Denkmal, das der Erringung demokratischer Freiheiten in der DDR gewidmet werden soll. Sie merken offensichtlich noch nicht einmal, wie weit Ihr Gebaren von der Atmosphäre und dem Niveau der runden Tische entfernt ist, an denen die Demokratie in der DDR neu geboren wurde.

Und warum? Weil heute der 9. November ist und an diesem Symboltag ein neues Nationalsymbol etabliert werden soll. Basta! Und was soll symbolisiert werden? Einerseits die friedliche Revolution im Herbst 1989 und andererseits die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit sowie die freiheitlichen Bewegungen und Einheitsbestrebungen der vergangenen Jahr-

hunderte. Man merkt sofort: Da sind große Verwischtechniker am Werk, die alles Mögliche zusammenbringen wollen, ohne zu fragen, ob das überhaupt geht. Hauptsache, das Denkmal steht 2009 in Berlin.«

Ich war damals und bin heute noch genauso fest davon überzeugt, dass dieses Denkmal aus ganz durchsichtigen, politischen Gründen von der Idee her so überfrachtet ist, dass es gewissermaßen in sich zusammenbricht, bevor es überhaupt entstehen wird. Die friedliche Revolution von 1989 lässt sich nämlich nicht mit der Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands 1990 in eins bringen. Beide Vorgänge sind zwei Stufen eines komplexen, internationalen, historischen Prozesses, die nicht unmittelbar aufeinander bezogen werden können. Das glauben nur die, die mittlerweile meinen, Helmut Kohl habe die friedliche Revolution gemacht.

Die Revolution mit dem Ruf: »Wir sind das Volk« ist das Erbe des Ostens, gehört den Bürgerinnen und Bürgern im Osten – singular. Sie kann weder mit der Einheit von 1990 vermengt werden – noch mit den verschiedenen Freiheits- und Einheitsbestrebungen der vergangenen Jahrhunderte. Kritiker des Denkmal-Wettbewerbs sagen jetzt: »Die Auslobung ist inhaltlich überfrachtet.« Wohl wahr. Aber warum? Ich sage: Da soll Ost-Geschichte gekapert werden, um sie dann als gesamtdeutsches Glück zu verkaufen.

Das wurde spätestens in dem Augenblick ganz klar, als sich der Bundestag zum zweiten Mal mit dem Denkmal zu befassen hatte, mit seiner Finanzierung und Realisierung. Das war am 4. Dezember 2008, als ohne jegliche Möglichkeit zur Debatte in einem Zusatzpunkt zu einer nächtlichen Tagesordnung von Koalition und FDP beschlossen wurde: Das Denkmal kommt auf den Schlossplatz, dort auf den übriggebliebenen Sockel des Kaiser-Wilhelm-Denkmal und darf 15 Millionen Euro kosten. Auf gehts. Wie gesagt: Beschluss ohne Aussprache, Reden zu Protokoll. Damit stand das Unding nun fest und die Auslobung nahm ihren Lauf.

Professor Peter Brandt sagte auf dem von der Linksfraktion am 17. April 2009 in Berlin veranstalteten Kolloquium »Sehnsucht nach Er-



Silvesterfeier am Brandenburger Tor – dem Wahrzeichen der deutschen Einheit

Foto: dpa/Kumm

höhung – Berlin und seine neuen Denkmäler« ganz offen, dass ein Denkmal zum Gedenken an die friedliche Revolution »nur als ostdeutsches Erinnerungsstück« dem westdeutschen öffentlichen Bewusstsein nicht zuzumuten sei. Das war wenigstens ehrlich. Wie ja auch die ursprüngliche Idee der »Initiative Denkmal Deutsche Einheit« ehrlich war, die erst später

zum »Sowohl-Freiheits-als-auch-Einheits-Gedenken« mutierte, um sich dann darüber hinaus noch mit Einheit-und-Freiheit in der deutschen Vergangenheit sowie in Europa heute zu überladen. Kein Standbild hält das aus. Das zeigen die 532 im Kronprinzenpalais ausgestellten Entwürfe ganz deutlich. Selbst der überdimensionierte Einkaufswagen aus dem Super-

markt schafft das nicht und auch nicht die goldene Riesenbanane.

Nein, es wird nichts werden, dieses so geplante Monstrum mit seiner »Versockelung der Revolution« wie Ingo Schulze schrieb, es sei denn, die öffentliche Diskussion findet nun endlich statt, der Standort wird überdacht und vor allem das, was das Denkmal wirklich ausdrücken soll.

## Gewünscht: Ein Denkmal für alle Deutschen

Von Peter Brandt

Bei dem vom Deutschen Bundestag beschlossenen Bau eines »Freiheits- und Einheitsdenkmals« geht es nicht darum, einfach den Ist-Zustand der Verhältnisse in Deutschland zu feiern. Eine positive Einstellung zur Selbstbefreiung der DDR im Herbst 1989 und zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands als solcher im Jahr darauf ist durchaus vereinbar mit einer kritischen Haltung zur staatsrechtlichen Form und zum gesellschaftspolitischen Inhalt der deutschen Einigung, wie sie sich faktisch vollzogen hat und insofern weiterhin diskussionsbedürftig bleibt.

Ein so manifester Ausdruck der Erinnerungskultur wie ein – günstigenfalls einvernehmlich errichtetes – Denkmal macht natürlich nur dann einen guten Sinn, wenn es auf einen allgemeineren Minimalkonsens aufbaut, der sich in verbindlichen Verfahrensregeln bei der Austragung politischer und sozialer Konflikte und in einem gewissen Maß an Übereinstimmung über einheitsstiftende Werte niederschlägt. In Italien sprach man früher vom »Verfassungsbogen«, der die Kommunistische Partei ein- und die Neofaschisten ausschloss.

In Deutschland ist viel vom »Verfassungspatriotismus« die Rede, wobei oft übersehen wird, dass ein solcher – sagen wir besser – demokratischer Patriotismus ohne Anbindung an die nationale Geschichte und Kultur ein wirkungsloses Kunstprodukt bleiben muss. Die Weimarer Republik scheiterte u. a. auch daran, dass die Republikaner der verschiedenen Richtungen letztlich nicht imstande gewesen waren, die unreflektierten nationalen Empfindungen der breiten Volksschichten fest an die Demokratie zu binden. Unter diesem Gesichtspunkt stellt die zusätzliche Widmung des geplanten Denkmals an die freiheitlichen Bewegungen und die Einheitsbestrebungen der letzten zwei Jahrhunderte den bewussten Versuch dar, die Ereignisse von 1989/90 in eine weit zurückreichende Traditionslinie zu stellen.

Der Zusammenhang von »Freiheit« und »Einheit« ist kein zufälliger und kein künstlich hergestell-

ter. Das ist ganz offensichtlich für das 19. Jahrhundert, und es trifft auch zu für die Jahrzehnte der Teilung Deutschlands nach 1945 sowie die Monate ihrer Aufhebung. Nicht leugnen lässt sich ein gewisses Spannungsverhältnis. Die revolutionär-demokratische Massenbewegung, die »friedliche Revolution«, in der DDR war zunächst getragen von einer Dynamik radikaler Demokratisierung, die nicht unbedingt den schnellen Beitritt zur Bundesrepublik erwarten ließ. Bekanntlich war es dann das Hinzutreten neuer Schichten zur Demonstrationenbewegung, nicht zuletzt aus der Arbeiterschaft, das



**Prof. Dr. Peter Brandt**, Jahrgang 1948, ist seit 1989 Leiter des Lehrgebiets Neuere Deutsche und Europäische Geschichte und seit 2003 Direktor des Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften an der Fernuniversität in Hagen. Sein derzeitiger Forschungsschwerpunkt ist die vergleichende europäische Verfassungsgeschichte seit dem 18. Jahrhundert. Peter Brandt ist u. a. Sprecher des Kuratoriums der Deutschen Gesellschaft e. V.

Foto: privat

der Forderung nach »Deutschland, einig Vaterland« zunehmend Rückhalt verschaffte.

Selbst bei »ungestörter« Entfaltung der demokratischen Umwälzung in der DDR und deren zwischenzeitlicher Weiterexistenz als nichtkapitalistischer deutscher Teilstaat hätte die »Wendek« Auswirkungen auf die gesamtdeutsche Szenerie gehabt. Das Nationale, das in politischer Hinsicht ja nie als solches, sondern in je besonderer sozialer und ideeller Konnotation existiert, musste in der speziellen deutschen Situation der Jahrzehnte vor 1989 durch die Erschütterung der inneren Ordnung einer der beiden Staaten, namentlich des weni-

ger stabilen, unter strukturellem Legitimationsdefizit leidenden östlichen, fast zwangsläufig in irgendeiner Weise reaktiviert werden.

Wenn das so ist, führte es in die Irre, im Hinblick auf die Vorgänge von 1989/90 in Deutschland den Freiheits- gegen den Einheitsaspekt auszuspielen, unabhängig von (mehr oder weniger berechtigter) Kritik an Tempo, Form oder Inhalt der Wieder- bzw. Neuvereinigung. Es geht heute allein um die Gestaltung des vor bald zwei Jahrzehnten aus den beiden deutschen Staaten entstandenen Gemeinwesens, dessen parlamentarische Ordnung, symbolisiert in den traditionsreichen schwarz-rot-goldenen Nationalfarben, zum ersten Mal in der Geschichte von nahezu dem gesamten politischen Spektrum akzeptiert wird, und um dessen kollektives Selbstverständnis. Das schließt die symbolischen und repräsentativen Äußerungen der staatsbürgerlichen Gemeinschaft, des Volkes der Demokratie, die der Gefühlsbindungen nicht entbehren kann, ein.

Der politisch-pädagogische Zugang der diversen Parteiformationen zu 1989/90 unterscheidet sich nicht unerheblich; jeweils andere Aspekte des Geschehens und seiner Voraussetzungen werden betont. Das gilt schon für die derzeitigen Regierungsparteien, umso mehr für

diejenigen, die dem Bundestagsbeschluss in Sachen Freiheits- und Einheitsdenkmal nicht zustimmen wollten. Immerhin ist aufgrund der Parlamentsdebatten festzuhalten, dass keine der im Bundestag vertretenen Fraktionen die Berechtigung des Anliegens bezweifelte, ein Zeichen der ehrenden Erinnerung an den demokratischen Protest und die folgende Umwälzung in der DDR zu setzen. Die Denkmalskeptiker verwahrten sich sogar ausdrücklich gegen die Unterstellung, dass ihnen »Freiheit und Einheit egal« seien (so Lukrezia Jochimsen). Bedeutet das nicht, dass es so etwas wie eine substantielle Schnittmenge bezüglich des Gedenkens an die betreffenden Ereignisse gibt? Beansprucht nicht auch die Linkspartei einen eigenen Anteil an der friedlichen Revolution und eine jedenfalls nicht nur negative Einstellung zur deutschen Einheit?

Für was das Denkmal im Bewusstsein der Menschen am Ende stehen wird, hängt nicht nur von den politischen Absichten der Betreiber und von der Qualität der künstlerischen Gestaltung ab, sondern auch davon, welche Vorstellungen sich in der öffentlichen Diskussion damit verbinden. Jene, die sich, aus verschiedenen Richtungen kommend und unterschiedliche Erfahrungen und Zugänge verkörpernd, an der Debatte beteiligen, beeinflussen die geistig-politische Prägung des Projekts mit – umso effektiver, je weniger sich ihre Positionierungen in reiner Negation erschöpfen.